

„Europa an den Grenzen – Grenzen Europas?“

Europäische, wohlfahrtsstaatlich ausgerichtete Modelle sind im völligen Umbau begriffen. Sozialpolitische Reformen münden in Sparmaßnahmen und Sozialabbau. Viele Aufgaben, die bisher der Staat erfüllte, werden an den Privatbereich abgewälzt. Aspekte wie Gesundheit, Bildung, Pflege etc. werden dadurch wieder stark vom Einkommen abhängig und schüren das Ungleichgewicht in der Bevölkerung.

Wofür steht Europa und welche gemeinsamen Werte brauchen wir? Eine europäische Wertediskussion muss angefacht werden. Dazu ist es notwendig, Kooperationen zu fördern und Alternativen aufzuzeigen. Menschen sollen wieder im Vordergrund stehen, Ungleichgewichte beseitigt und der soziale Gedanke gefördert werden.

Welche Konstruktion braucht die EU, um nicht von nationalistischen Bewegungen überrannt zu werden? In dieser Frage gibt es verschiedene Herangehensweisen. Daher zeigen wir bei dieser Veranstaltung unterschiedliche Initiativen aus einzelnen Ländern, die entwickelt wurden, um dem Neoliberalismus und rechtspopulistischen Tendenzen zu begegnen.

Ein Handeln über Ländergrenzen hinweg ist notwendig! Anhand der aktuellen „Fridays for future“ Bewegung sieht man, dass Vieles nicht vor den nationalen Ländergrenzen halt macht und gemeinsam gelöst werden muss.

- Zielgruppe:** Alle interessierten Personen. **Anmeldung erforderlich!**
- Veranstaltungsort:** AK Bildungshaus Jägermayrhof, Römerstraße 98, 4020 Linz
- Anmeldeschluss:** 1 Monat vor Veranstaltungsbeginn
- Anmeldung unter:** www.voegb.at/GrenzenEuropas
- Nähere Informationen:** VÖGB – Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung
Volksgartenstraße 34, 4020 Linz
Telefon (0732) 665391-6014, E-Mail: renate.auerboeck@oegb.at

04.02.2020 (9:00-17:00 Uhr)

Die EU ist kein starres Projekt, sondern ändert sich ständig. Ursprünglich wurde sie als Friedensunion gegründet. Bringt sie jetzt das neoliberale Modell und die einseitige Ausrichtung auf wirtschaftliche Interessen an die Grenzen? Oder schaffen wir es vermehrt Aspekte wie Solidarität, Menschlichkeit, Zusammenhalt und Wohlfahrtsstaat in der Europäischen Union umzusetzen?

Bei unserem Symposium wollen wir uns dem Wettstreit jener Bewegungen widmen, die einen Ausweg aus dieser Sackgasse suchen. Dazu haben wir unter anderem folgende Initiativen ausgewählt, die während der ganztägigen Veranstaltung vorgestellt werden:

„Europa ist reformierbar“ (Bewegung „DiEM 25“/Griechenland)

Diese europaweite Bewegung zur **Demokratiestärkung** wurde vom griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis gegründet. Sie hat zum Ziel, Tendenzen wie Menschenverachtung, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus entgegenzuwirken.

Referentin: Daniela Platsch, sie ist Ökonomin, politische Geschäftsführerin der Partei „Wandel“ und kandidierte hinter Yanis Varoufakis für die Wahlen zum EU-Parlament auf der Liste DiEM25.

„Revolution der Bürger“ (Bewegung „La France Insoumise“/Das unbeugsame Frankreich)

Von Jean-Luc Mélenchon wurde diese Bewegung für mehr **soziale Gerechtigkeit** ins Leben gerufen.

Referentin: Marina Mesure, die Französin studierte an der HEC Montréal und ist Beraterin der europäischen Bau-Holz Gewerkschaft für Sozialangelegenheiten. Sie setzt sich für Menschenrechte und gegen Sozialdumping auf Europäischer Ebene ein.

Sozialdemokratische Fraktion im Europaparlament (S & D)

Die Sozialdemokratische Fraktion hat 190 Abgeordnete und ist die einzige politische Fraktion im **Europäischen Parlament** mit VertreterInnen aus allen 28 EU-Mitgliedsstaaten. Was kann die europäische Sozialdemokratie beitragen?

Referentin: Evelyn Regner (angefragt), sie ist Mitglied des Europäischen Parlaments in der S&D-Fraktion und Delegationsleiterin der Europa-SPÖ.

Ausrufung der Republik Europa, für eine andere Art der Globalisierung

Die Europäische Republik ist eine **EUtopie** (Griechisch εὖ "gut" und τόπος "Ort") für eine **demokratische Zukunft** in Europa: Eine Republik, die den politischen Gleichheitsgrundsatz für alle BürgerInnen Wirklichkeit werden lässt.

Referent: Michael Hunklinger, MA, er arbeitet an der Donau-Universität Krems im Department für Europapolitik und Demokratieforschung.